



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Die Epochen der deutschen Geschichte**

**Haller, Johannes**

**Stuttgart [u.a.], 1950**

Zwölftes Kapitel

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75797)

## ZWÖLFTES KAPITEL

*Die große Enttäuschung. — Österreich und Preußen. — Das Bedürfnis der Wirtschaftseinheit. — Preußens Beruf für die deutsche Einheit. — Stärkung des Partikularismus. — Der preußische Zollverein. — Veränderungen im Wirtschaftsleben. — Der Ausbau der deutschen Staaten. — Das neue Preußen. — Der preußische Militarismus. — Parteien und Verfassungen. — Preußens Versäumnis. — Die Einheitsbewegung. — Friedrich Wilhelm IV. — Die Revolution von 1848. — Die Reichsverfassung von 1849. — Bismarck.*

Was im Jahre 1815 über Deutschlands Verfassung beschlossen wurde, war in keiner Hinsicht etwas Neues, es war nur die folgerichtige und vorbehaltlose Anerkennung der Verhältnisse, die sich seit Menschenaltern angebahnt, seit der Jahrhundertwende tatsächlich Platz gegriffen hatten und im Jahre 1806 vorläufig geordnet waren. Das Reich blieb aufgelöst; an seine Stelle trat ein bloßer Bund, ein Bündnis von souveränen Staaten. Im Grunde wurde damit nur endlich einmal offen ausgesprochen, was in Wirklichkeit längst bestanden hatte. Was schon Tatsache geworden war, wurde zum Recht erhoben.

Die bittere Enttäuschung, die darob die Besten ergriff, kann man sehr wohl verstehen und wird doch urteilen müssen, daß es nur ihre Schuld war, wenn sie sich enttäuscht sahen: sie hatten mehr verlangt, als sie nach Lage der Dinge erwarten durften.

Wer von der Staatskunst fordert, daß sie letzte Wünsche in einem beliebigen Zeitpunkt erfülle, der verkennt ihr Wesen. Der Staatsmann ist kein Zauberer, er vermag nur aus gegebenem Stoff und nach den Naturgesetzen der politischen Materie zu schaffen. Was aber hätte man im Jahre 1815 Besseres schaffen können? An die volle, ungeschmälerte Staatseinheit von ganz Deutschland dachte niemand und konnte niemand denken. Sie galt nicht nur manchem



Süddeutschen als Phantasterei — der König von Württemberg ent-  
rüstete sich förmlich über den Unsinn, aus den verschiedenen deut-  
schen Völkerschaften »sozusagen eine Nation« machen zu wollen —  
sie wurde auch von einem so ausgezeichneten Patrioten im Nord-  
osten wie dem Königsberger Oberpräsidenten v. Schön, einem der  
Führer im Kampf um Preußens und Deutschlands Befreiung, als  
naturwidrig und überflüssig abgelehnt. In der Tat, wie sollte man  
sich ein einiges Deutschland denken, in dem — um von vielem an-  
deren zu schweigen — neben Preußen und Österreich auch die Groß-  
macht England durch den Besitz von Hannover ihren Platz hatte?  
In dem die vergrößerten Mittelstaaten des Südens, Bayern, Würt-  
temberg und Baden, ihre junge Souveränität mit Eifersucht hüteten  
und sich stolz als europäische Mächte fühlten?

Wenn die Einheit unmöglich war, so wäre es nicht weniger schwer  
zu sagen, wie denn sonst das Bessere hätte aussehen sollen, das die  
Patrioten an die Stelle des Bundes gesetzt zu sehen wünschten. In  
ihren Forderungen herrschte ja so viel hohes Gefühl und so wenig  
klares, praktisches Denken. Sie wußten zum Teil selbst nicht recht,  
was sie wollten, und soweit sie es wußten, darf man starke Zweifel  
hegen, ob das, was sie erstrebten, etwas Besseres gewesen wäre.  
Wenn selbst ein Mann wie der Freiherr vom Stein mit Zähigkeit  
auf die Wiederherstellung des Kaisertitels und des Reichstags in  
Regensburg drang, was doch nur zur Stärkung des österreichischen  
Einflusses gedient hätte, von dem drei Jahrhunderte laut genug be-  
zeugten, wie wenig er nützen und wie viel er schaden konnte — so  
muß man einem Ernst Moritz Arndt verzeihen, daß er in seinem all-  
bekannten Lied von »Des Deutschen Vaterland« nicht einmal zu  
sagen wußte, wo dieses Vaterland liege. Nahm man seine Worte  
»so weit die deutsche Zunge klingt« buchstäblich, so predigten sie,  
daß entweder des Deutschen Vaterland die ganze Erde sei und  
schlechthin keine Grenzen habe, oder daß wenigstens Siebenbürgen,  
Livland, die deutschen Bauernkolonien in Südrußland und vor allem  
die deutsche Schweiz dazu gehören mußten. Arndt war auch nicht



der einzige, der damals ganz ernsthaft der Wiedervereinigung der Schweiz mit Deutschland das Wort redete.

Geradezu ein Glück ist es zu nennen, daß diese unklaren Wünsche wohlmeinender Leute schließlich keinen Einfluß auf die Entscheidung hatten, die von praktischen Staatsmännern zwar ohne Genie, aber mit klarem Kopf und nüchternem Sinn getroffen wurde. Sie hätte im einzelnen wohl besser ausfallen können. Hardenbergs Nachlässigkeit, Friedrich Wilhelms III. täppischer Unverstand haben da gewiß viel verdorben. Im ganzen aber war der Bund, wie er schließlich zustande kam, unter den gegebenen Umständen das Beste oder — was in der Politik meistens auf dasselbe hinausläuft — das kleinste Übel.

Er hatte vor allem den großen Vorzug, daß er über den wahren Zustand Deutschlands keine Täuschung mehr aufkommen ließ. Die ehrwürdige Kulisse von Kaiser und Reich war gefallen, hinter der sich fromme Gedankenlosigkeit immer noch allerlei verborgene Herrlichkeiten hatte vorstellen können. Vor aller Augen war es unerbittlich klar, daß da gar nichts, rein gar nichts mehr zu sehen war. Es gab keinen deutschen Staat, wie es einen französischen, englischen, russischen und spanischen gab. Eine Nation zweiter Klasse wie die Italiener waren die Deutschen. Der weitere Verlauf der Dinge machte es außerdem nicht weniger deutlich, daß aus diesem Zustand auch beim besten Willen nichts Fruchtbares, keine Fortentwicklung zum Besseren hervorgehen konnte. Die deutsche Nation stand vor der Wahl, ob sie diesen staatlosen Zustand ertragen oder sich den nationalen Staat schaffen wollte, den andere Völker besaßen.

Sie hatte den gleichen Zustand früher hingenommen und sich mit den Museumsstücken vergangener Größe getröstet, weil sie sich innerlich klein fühlte. Er entsprach der Bedeutungslosigkeit, in die das Volk selbst seit dem Dreißigjährigen Kriege versunken war. Nur die Erinnerungen einer fernen Vorzeit wollten zu diesem Bild nicht stimmen. Seit zwei Generationen aber wußte man, daß man keine



Ursache hatte, hinter andern Völkern zurückzustehen. Es' war ein schreiender Widerspruch: im Reich des Geistes frei, ebenbürtig, überlegen, und doch im Kampf ums Dasein auf der Erde geringgeschätzt, beiseite geschoben, zurückgedrängt — dort alles und hier nichts.

Auch der Trost, der aus der Not eine Tugend machte, verfing nicht mehr. Man wußte aus bitterer Erfahrung, daß das »Weltvolk« ohne Vaterland, das reine »Menschheitsvolk« jeden Augenblick vom schlechteren Nachbar geknechtet und ums Leben gebracht werden konnte, nur weil jener stärker war. Was zwischen 1792 und 1813 geschehen war, konnte sich alle Tage wiederholen, wenn es bei dem blieb, was 1815 geschaffen wurde. Man empfand die Wehrlosigkeit, die rechtlos macht.

Der Deutsche Bund hat sich allerdings eine Art von Heeresverfassung gegeben. Es geschah endlich im sechsten Jahre seines Bestehens (1821). Zehn Armee Korps mit im ganzen 300 000 Mann sollten das Bundesheer bilden. Aber ihm fehlte jegliche Einheit, sowohl in der Ausbildung wie im Geiste und vor allem in der Führung. Welch ein Glück, daß der Deutsche Bund nie in die Lage gekommen ist, Krieg zu führen! Mit diesem Heer, so buntscheckig wie die deutsche Landkarte, waren keine Siege zu erfechten.

Aus allem ergab sich, da nun einmal im Verkehr der Staaten untereinander die militärische Macht den Gradmesser der Geltung abgibt, daß die deutsche Nation als Ganzes in Europa nicht mitreden konnte; wie das einmal ein englischer Staatsmann einem preußischen Gesandten mit brutaler Offenheit ins Gesicht gesagt hat: »Ihr seid eine entmannte Nation.«

Ersatz für die fehlende Macht des Bundes konnte man glauben bei den zwei Großmächten zu finden, die ihm angehörten, bei Österreich und Preußen. Aber auch das war Täuschung.

Der tödliche Schaden des alten Reiches seit dem Auftreten Friedrichs des Großen war es ja gewesen, daß in ihm diese zwei Großmächte einander gegenüberstanden. Den verhängnisvollen Dualis-



mus hatte der Bund vom Reiche geerbt. Er ist ein Menschenalter lang in keinem feindlichen Gegensatz hervorgetreten. Preußen hat nach 1815 die Politik, die es fünfundzwanzig Jahre früher in der Konvention von Reichenbach zuerst eingeschlagen hatte, nur noch strenger und folgerichtiger als früher eingehalten. Verständigung und Zusammengehen mit Österreich war seine Losung. Alle Erinnerungen an Friedrich den Großen schienen vergessen. Es war, als wollte man zu den Überlieferungen längst vergangener Tage zurückkehren, wo die Treue gegen das Kaiserhaus zu den leitenden Grundsätzen brandenburgisch-preußischer Staatskunst gehört hatte. Bei Friedrich Wilhelm III. ging das Bedürfnis nach Eintracht so weit, daß er einmal seinem Gesandten, in dem sonderbaren Gestammel, das er Deutsch nannte, auftragen konnte: »Dem Fürsten Metternich sagen, ich ihn auch für meinen Minister halten.« Bei der geistigen Überlegenheit dieses Staatsmannes war es denn nur natürlich, daß aus dem Handinhandgehen der beiden Mächte mehr und mehr eine Führung durch Österreich wurde, der sich Preußen, hie und da mit leisem Widerstreben, aber im ganzen doch bereitwillig unterordnete.

In Wien fand man das ganz natürlich. Franz I. hatte auf die Kaiserkrone verzichtet, gewiß auch mit aus dem Grunde, weil dadurch der Gegensatz gegen Preußen seine Spitze verlor. Er wollte, wie er sagte, nicht als Kaiser über andere herrschen. Aber wenn er hinzufügte, er wolle auch nicht, daß ein anderer über ihn herrsche, so hieß das, in die Praxis übersetzt, daß Österreich nicht nur dem Range und der Geschäftsordnung nach an der Spitze des Bundes stehen sollte. Man hatte in Wien keineswegs vergessen, daß man die römische Kaiserkrone getragen hatte, und fand im stillen, daß sie einem von Rechts wegen auch jetzt noch gebührte. Wenn man darauf verzichtete, sie wieder aufzusetzen, so erwartete man dafür als Entgelt eine freiwillige Unterordnung von allen deutschen Staaten, auch von dem größten.

Es fragte sich, ob das auf die Dauer für Preußen, selbst bei dem



besten Willen und der aufrichtigsten Gesinnung seiner Regierenden, möglich war. Denn stärker als Neigung und Gesinnung der Menschen sind schließlich im Leben der Staaten doch immer wieder die natürlichen Bedürfnisse, die politischen Interessen. Die Interessen von Österreich und Preußen aber waren gerade gegenüber Deutschland und dem Deutschen Bunde nicht dieselben. Sie widersprachen einander.

Kaiser Franz und Metternich hatten dem Bunde die Gestalt zu geben gewußt, die sich mit den österreichischen Interessen deckte. Gegen einen französischen Angriff bot er notdürftigen Schutz, ein Puffer, der wenigstens den ersten Stoß auffangen konnte. Kam es zum Kriege mit Frankreich — in dem man in Wien immer noch den alten Erbfeind zu sehen hatte — so dauerte es, selbst wenn der Bund militärisch versagte, immerhin eine Weile, bis Österreich selbst betroffen war. Man konnte sich außerdem darauf verlassen, daß Preußen schon um seiner selbst willen den Vorstreit gegen Frankreich übernehmen und mit allem Ernst führen werde. Mehr brauchte man nicht. Einer festeren Gestaltung und größeren Schlagkraft des Bundes bedurfte Österreich nicht, sie war ihm nicht einmal erwünscht, da es schwer war, sie zu schaffen, ohne daß die alte Rivalität mit Preußen wieder auflebte. Der Bund, so schwach und nichtig er dastand, war doch genau das, was für die österreichische Politik das bequemste war. Sie mußte also jedem Versuch, ihn zu festigen und zu stärken, widerstreben und hat das auch bei jeder Gelegenheit getan.

Sollte es aber einmal dazu kommen, daß Frankreich seine alten Ziele am Rhein wieder ernstlich ins Auge faßte, so war auch dabei das Interesse Österreichs nicht unmittelbar im Spiel. Es hatte am Rhein nichts zu verlieren und konnte dort unter Umständen den Franzosen Zugeständnisse machen.

Ebenso wenn Rußland eines Tages die Zeit für gekommen hielt, die Überlieferungen des von ihm annektierten Polen aufzunehmen, die Vereinigung aller polnischen Gebiete zu erstreben und den Weg



nach der Ostseeküste und den Mündungen der Weichsel und des Niemen, nunmehr seiner Ströme, zu suchen — Österreich war davon nicht berührt. Es konnte ein Vordringen des östlichen Nachbarn auf deutschen Boden dulden, wenn ihm anderswo ein Ausgleich geboten wurde. Österreichs Interessen lagen außerhalb Deutschlands, in Italien, in Galizien, am Balkan und an der Adria. Hätte es die deutschen Lebensfragen zu den seinen machen wollen, es hätte die eigenen vernachlässigen müssen.

Ganz anders Preußen. Es hatte keine Interessen außerhalb Deutschlands, und alle großen deutschen Interessen waren zugleich die seinen.

Zu dem Neuen, das der Wiener Kongreß geschaffen hatte, gehörte die territoriale Gestalt, die er dem preußischen Staate gab. Von den verlorenen polnischen Ländern wurde Preußen nur ein Teil, die Provinz Posen, wiedergegeben, immerhin genug, um die Grenzwehr gegen Osten, aus der der Staat der Hohenzollern hervorgegangen war, noch ernster als bisher als seine Lebensaufgabe erscheinen zu lassen. Den Ersatz für das Aufgegebene erhielt es jenseits des Rheins. Dadurch wurde es unmittelbarer Nachbar von Frankreich und somit auch im Westen zum Grenzhüter. Das alte Problem der doppelten Front, das sich durch die Jahrhunderte der deutschen Geschichte zieht, war jetzt zur Lebensfrage auch der preußischen Politik geworden. Während Österreich sich von den deutschen Schicksalsfragen vorsichtig gelöst hatte, war Preußens ganzes Dasein hinfür mit ihnen auf das innigste verflochten. In Ost und West hatte es mit dem eigenen Bestand zugleich den Besitzstand der deutschen Nation zu verteidigen, hüben wie drüben stand es an den bedrohtesten Stellen auf Posten, aus eigener Daseinsnotwendigkeit Vorkämpfer der deutschen Nation.

Zu dieser Rolle aber waren seine Kräfte doch nicht in jedem Fall ausreichend, und darum schon konnte ihm der Deutsche Bund, wie er war, unmöglich genügen. Kam es zum Kriege mit einem der Nachbarn oder gar mit beiden, so hatte Preußen für Deutschland



die ganze Last zu tragen, stets ungewiß, ob Österreich ihm beistehen werde; vom Bunde war nichts zu erwarten. Preußen mußte darum vom ersten Tage an eine Umgestaltung des Bundes wünschen, die diesen in den Stand setzte oder zwang, seinen Anteil an der Verteidigung Deutschlands zu übernehmen. Erst durch eine militärische Reform des Bundes wurde mit Deutschland zugleich auch Preußen wirksam geschützt.

Ebenso lagen die Dinge auf dem Gebiete von Handel und Verkehr. Deutschland ist durch die Natur selbst auf wirtschaftliche Einheit hingewiesen. Nirgends begegnet der Verkehr einer unübersteiglichen Schranke, wie es etwa die Alpen und die Pyrenäen sind, während große Ströme und zahlreiche kleinere Flüsse die natürliche Verbindung nach allen Richtungen herstellen. Wollte man zwischen Nord und Süd eine Teilung vornehmen, so müßte man den Rhein in der Mitte sperren. Eine Trennungslinie zwischen Ost und West würde dem Main und der Donau die gleiche Gewalt antun. Einzig das Kolonialgebiet östlich der Elbe, das Hinterland der Ostsee und Uferland von Oder und Weichsel ließe sich ohne Zerstörung natürlicher Zusammenhänge absondern. Aber gerade hier fehlt jeder äußere Anhalt für eine Trennung vom übrigen Deutschland. Die weite und flache Ebene, die sich östlich der Weser zu dehnen beginnt, läßt den Zusammenhang von Ost und West als das Natürliche und Gegebene erscheinen.

Dennoch hat dieses von der Natur als Einheit gebildete Land die Einheit des Verkehrs Jahrhunderte hindurch entbehren müssen. Der Mangel war schon in alten Zeiten schwer empfunden worden. Unter den Forderungen der Reichsreform im 15. Jahrhundert stand in vorderster Reihe das Verlangen nach einheitlicher Münze und Beseitigung der künstlichen Verkehrshindernisse, die die Landesherren zu ihrem Sondernutzen und gegen das allgemeine Interesse aufgerichtet hatten. Das Verlangen war unerfüllt geblieben, auch wirtschaftlich lebte das alte Reich bis zu seinem Ende im Zeichen des Partikularismus. Als es an die Neuordnung ging, er-



hoben die Patrioten wiederum die alte Forderung: eine Münze, ein Zoll, eine Handelspolitik für ganz Deutschland! Die Bundesakte kümmerte sich nicht darum. Die Staaten waren jetzt ja souverän, eine Beschränkung ihrer Befugnisse auf diesem Gebiet widersprach den Grundsätzen, auf denen der Bund beruhte. Auch der wirtschaftliche Partikularismus erhielt seine letzte Anerkennung.

Aber so konnte es nicht bleiben, das fühlte man allgemein. Man fühlte es im Volk und fühlte es unmittelbar. Die äußere Unsicherheit, die aus der militärischen Schwäche des Bundes erwuchs, war eine Zukunftsgefahr, die man sich erst in Gedanken klar machen mußte; das Widersinnige, das in der Zerstörung der natürlichen Verkehrseinheit des Landes lag, hatte man täglich und stündlich vor Augen und spürte es an dem Punkte, wo auch der Deutsche am empfindlichsten ist, am Geldbeutel. Die Bewegung dagegen kam denn auch schon im vierten Jahre des Bundes in Fluß, als Friedrich List (1819) seinen »Deutschen Handelsverein« gründete, der zwar zunächst keinen Erfolg hatte, aber das dringende Bedürfnis enthüllte. Auch die Staaten konnten sich dem auf die Länge nicht verschließen: der volkswirtschaftliche, handelspolitische Partikularismus ging gegen ihren eigenen Vorteil, weil er das Volk arm machte. Blieb es dabei, daß die einzelnen deutschen Staaten gegeneinander Zollschränken errichteten, einander gegenseitig bekämpften, so waren sie selbst der wirtschaftlichen Übermacht der großen ausländischen Handelsstaaten, vor allem Englands, wehrlos ausgeliefert. Der Partikularismus machte Deutschland zum Ausbeutungsfeld des englischen Kapitals. Wirtschaftseinheit war darum ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, nicht weniger als Heeresseinheit.

Auch an diesem Lebensinteresse der Nation hatte Österreich keinen Anteil. Es bildete ein großes, abgerundetes, reiches und im allgemeinen sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet mit guten Absatzwegen und eigenen Häfen. Es brauchte den engeren Zusammenhang mit Deutschland nicht, es konnte in der Umgestaltung des Bundes zu einem einheitlichen Handelsstaat nur eine Störung der eigenen



Kreise sehen. Für Preußen dagegen war der bestehende Zustand so unerträglich wie kaum für irgend einen anderen deutschen Staat. Ihm fehlte ja noch die geographische Einheit des Territoriums, sein Gebiet wurde durch Hannover, Braunschweig und Kurhessen in eine östliche und eine westliche Hälfte zerrissen, und in der östlichen steckten als Enklaven wie Splitter in der Hand die souveränen Fürstentümer von Anhalt und Schwarzburg mit ihrer eigenen europäischen Zoll- und Handelspolitik. »Weltpolitik« war damals noch nicht erfunden, sonst hätten diese Herrschaften vielleicht auch darauf Ansprüche erhoben. Für Preußen war darum die Wirtschaftseinheit Deutschlands genau ebenso wie die Heeresseinheit eine Sache des eigenen Vorteils, ja eine Bedingung des eigenen Gedeihens. So fielen, wohin man blickte, preußisches und deutsches Interesse zusammen, während aus den gleichen Gründen preußisches und österreichisches auseinandergingen. Der alte Dualismus war in der Natur der Dinge wirksam. Man konnte ihn eine Weile übersehen, aber irgend einmal mußte er sich geltend machen. Die Lösung konnte aufgeschoben werden, aber kommen mußte sie.

Hie und da ist das schon in den Tagen des Wiener Kongresses ausgesprochen worden, die Einsichtigsten haben auch damals bereits erkannt, daß nur die Gewalt dieses Problem zu lösen imstande sei. Ein Unbekannter hat im Jahr 1815 öffentlich zu bekennen gewagt, es bleibe nur die Hoffnung auf den Bürgerkrieg, »weil von nun an der Streit um die Oberherrschaft in Deutschland beginnen kann und wird und muß«. Härter und schärfer drückte sich Clausewitz aus: »Deutschland kann nur auf einem Wege zur politischen Einheit gelangen, dieser ist das Schwert: wenn einer seiner Staaten alle anderen unterjocht.« Daß dieser Staat nur Preußen sein könne, auch das ist damals von vielen richtig gesehen worden, lange bevor Paul Pfizer in seinem »Briefwechsel zweier Deutschen« (1831) den Mut hatte, die Frage öffentlich zur Diskussion zu stellen. Mit erstaunlicher Klarheit hat der weimarische Minister v. Gersdorff, Goethes Amtsgenosse, schon 1817 auch den Weg gezeigt, auf dem



es später wirklich geschehen sollte: Preußen müsse bei gelegener Zeit die maßgebenden und wohlgesinnten deutschen Staaten zu einem Bunde unter Achtung ihrer Rechte und mit tüchtiger militärischer Verfassung vereinigen, dann die übrigen zum Anschluß zwingen. Nur so allein, meinte er, werde das Bedürfnis Preußens und zugleich das seiner Bundesgenossen und der deutschen Nation befriedigt werden. Was uns in diesen Worten wie der Lichtblick des Sehers erscheint, war in Wahrheit nur scharfe Erkenntnis der Wirklichkeit, geleitet durch die Erinnerung an den Fürstenbund Friedrichs des Großen. Der Großstaat Preußen mußte sich in der Tat zum Führer und Herrn erst in einem Teile, dann im ganzen Deutschland machen, oder er mußte selbst verschwinden. Das Werk Friedrichs des Großen, durch Napoleon zerstört, durch den Befreiungskrieg wiederaufgerichtet, mußte vollendet werden oder zum zweiten Male untergehen, dann wohl für immer und Deutschland mit ihm. Die Aufgabe war nicht wenig erschwert durch die Veränderungen, die die napoleonische Zeit in Süddeutschland geschaffen hatte. Das bunte Vielerlei kleiner und kleinster »Reichsstände« war hier ersetzt worden durch eine Gruppe von vier mittelgroßen Staaten, gerade groß genug, um die Illusion eines eigenen staatlichen Daseins zu gestatten. Die Neuordnung war erfolgt nach französischem Diktat, der Wiener Kongreß ließ sie bestehen. Um diesen Preis hatte man den Anschluß der Südstaaten im Kriege gegen Napoleon erkaufte.

Man muß sich das immer aufs neue einschärfen: die staatliche Gruppierung Süddeutschlands war das Werk Frankreichs. Sie diente denn auch dem französischen Interesse. Eine Schutztruppe gegen Österreich hatte sich Frankreich schaffen wollen, ein System von Prellböcken, deren jeder dem andern nach Bedarf als Gegengewicht dienen konnte. Daher die abnehmende Stärke von Ost nach West: Bayern, das größte, ein Gewicht gegen Österreich, Württemberg eines gegen Bayern und an der Grenze Frankreichs Baden und Hessen, die schwächsten von allen. So lag Süddeutschland dem fran-



zösischen Einmarsch von Straßburg und Weißenburg her jederzeit offen, seine Regierungen mußten es sich dreimal überlegen, ob sie bei einem Zusammenstoß zwischen Österreich und Frankreich auf die österreichische Seite treten wollten.

In innerdeutschen Fragen wirkte dieser Zustand in einer anderen Richtung. Die Monarchen in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt dachten zu allererst an die Erhaltung ihrer Staaten und ihrer Souveränität, sie fürchteten die Mediatisierung. Sie waren darum die geborenen Gegner jeder strafferen Zusammenfassung Deutschlands zu wirklicher Einheit, und je deutlicher es wurde, daß etwas Derartiges die natürliche Aufgabe Preußens sei, während von Österreich keinerlei Gefahr drohte, desto mehr erfüllten sie sich mit instinktiver Abneigung gegen Preußen, den »Eroberer«, von dem man besorgte, er könne eines schönen Tages einen auffressen. Metternichs Geschicklichkeit wußte ihnen allen bald die Überzeugung beizubringen, daß ihre Rechte bei Österreich allezeit am besten aufgehoben seien. So wurde Süddeutschland zum stärksten Hindernis der deutschen Einheit.

Auch im Norden gab es Mittelstaaten, die sich in gleicher Lage fühlten, aber es waren nur zwei, Sachsen und Hannover. Alle übrigen waren so klein und schwach, daß sie der Vereinigung mit dem größten Nachbar keinen ernstesten Widerstand leisten konnten. Für die Erhaltung der vollen Souveränität von Reuß oder Gotha zu kämpfen, wäre lächerlich gewesen. Der Norden forderte zur Einigung heraus, dort konnte der Partikularismus nur als Ausnahme gedeihen; Süddeutschland war geschlossen partikularistisch und wollte und konnte es bleiben. Hier, wo die Überlieferungen der deutschen Kleinstaaterei in Gebilden von mittlerer Größe fortlebten, die allenfalls wohl als unabhängige Organismen dastehen konnten, hier fand auch die alte deutsche Neigung, sich abzusondern und eigene Wege zu gehen, den besten Nährboden und eine scheinbare Rechtfertigung. Mit sicherem Instinkt wandten sich die süddeutschen Regierungen gegen den Staat, der von Natur berufen war,



diesem holden Ideal aller Philister und Phäaken ein Ende zu machen, gegen Preußen. Wohl wurden ab und zu, wenn Gefahr drohte — wie 1830 und 1839/40, als man einen französischen Angriff befürchtete — hilfeschende Blicke auch aus Stuttgart und München nach Berlin gesandt, das allein wirkliche Hilfe und Schutz gewähren konnte. Aber kaum war die Gefahr vorüber, so kehrte man wieder zur lieben alten Gewohnheit zurück und schwor zur Fahne Österreichs, des »Kaiserstaates«, gegen Preußen, den »Eroberer« und Emporkömmling.

Fast ein Wunder ist es zu nennen, daß unter solchen Umständen das dringendste Werk dennoch zustande kam, die wirtschaftliche Einigung. Freilich hat es lange gedauert, bis am 1. Januar 1834 die meisten Binnenschlagbäume fielen und ganz Deutschland — vorläufig mit der bezeichnenden Ausnahme des englischen Hannover und der von England abhängigen drei Hansestädte — sich zu einem einzigen Handelsgebiet mit einheitlicher Handelspolitik zusammenschloß im Deutschen Zollverein.

Die mühevollen Verhandlungen, die Umwege und zeitweiligen Enttäuschungen, die diesem Erfolg vorausgingen, sind hier nicht zu schildern. Was irgend Eifersucht und Neid, kleinliche Ängstlichkeit und engherzige Selbstsucht an Hindernissen auf türmen kann, das ist gegen den preußischen Plan angewandt worden. Auch vom Ausland her suchte man zu hindern, Frankreich und noch mehr England nahmen sich der Selbständigkeit der Einzelstaaten in rührender Fürsorge an, und Metternich unterließ nicht, in London darauf aufmerksam zu machen, Preußen wolle »eine Kontinentalsperre im Kleinen« aufrichten und suche »ganz Deutschland zu jakobinisieren«. Der feste Wille und die zähe Geduld der preußischen Beamten überwand alle diese Schwierigkeiten, und das zwingende Bedürfnis des täglichen Lebens kam ihnen zu Hilfe. Dennoch wäre es verkehrt, zu glauben, der Zollverein sei gleichsam ein Naturprodukt, aus innerer Notwendigkeit hervorgegangen ohne schöpferischen Anteil einzelner Personen. Er ist in Plan und Durchführung wesentlich



das Werk eines genialen Mannes, des preußischen Finanzministers v. Motz, der mit kühnem Weitblick die ganze Tragweite des Schrittes von Anfang an übersah. Er wollte und erwartete, daß auf der Grundlage der wirtschaftlichen Einigung »ein in Wahrheit verbündetes, von innen und von außen festes und freies Deutschland unter dem Schutz und Schirm von Preußen« sich erheben solle. Er hat den Abschluß nicht erlebt, aber als er 1830 starb, durfte er sich mit Genugtuung sagen, daß das Werk gesichert und der letzte Erfolg nur noch eine Frage von wenigen Jahren sei.

Man darf sich fragen, was wohl aus Deutschland geworden wäre, wenn dieser entscheidende Schritt nicht rechtzeitig getan worden wäre. Denn eben damals stand die Welt vor einer so gründlichen Umwälzung ihres Wirtschaftslebens, wie sie noch nie dagewesen war, durch das Aufkommen der Dampfmaschinen und der Eisenbahnen. Im Jahre 1835, ein Jahr nach dem Abschluß des Zollvereins, wurde auch in Deutschland die erste kleine Eisenbahnlinie eröffnet, seit 1837–39 entstanden immer neue, größere Strecken. Mit raschen Schritten bemächtigte sich das neue Verkehrsmittel des deutschen Bodens. Das Zeitalter der Kohle und des Eisens begann, Deutschland bekam Gelegenheit, einen seiner größten Schätze, die reichen Steinkohlenlager, nutzbar zu machen — die deutsche Großindustrie entstand. Eine neue Quelle des Wohlstands eröffnete sich. Wie reich sie dereinst strömen werde, konnte damals niemand ahnen, freilich auch nicht, welche Wandlungen in Leben und Art des Volkes sie hervorrufen würde. Aber für das Deutschland, das eben erst die Kriege Napoleons hatte ertragen müssen, das sich mühselig aus dem Zustand der Verarmung emporzuarbeiten suchte, war es von ungeheurer Bedeutung, daß es nicht mehr wie bisher vorwiegend auf die Erträgnisse seiner Landwirtschaft und deren Ausfuhr angewiesen war, daß es auch mit seiner Arbeit zahlen und kaufen konnte.

Erst seit den dreißiger Jahren spürt man denn auch eine raschere Erholung von den Folgen der großen Kriegszeit. Die alte Bettelarmut wurde überwunden, der Unternehmungsgeist erwachte, die



Kräfte regten sich dank den weiten Möglichkeiten, die durch das neue Element der Dampfkraft eröffnet wurden. Wie hätte das sein können in einem Lande, das wirtschaftlich und handelspolitisch sich selbst bekämpfte? Der Zollverein schuf die Bedingungen, in denen die neuen Mittel der Technik für Verkehr und Handel ausgenutzt werden konnten, und schon machte sich auch die nächste Wirkung hiervon fühlbar: die Alleinherrschaft des englischen Kapitals wich mehr und mehr der Wirtschaft für eigene Rechnung, das Joch des Auslands wurde von der deutschen Volkswirtschaft genommen, da sie sich endlich als einheitliche Größe unter der Führung der Großmacht Preußen auf den Weltmarkt wagen durfte. Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich, wie unrichtig die landläufige Vorstellung ist, als ob die Zeit nach 1815 ereignislos und leer verlaufen wäre. Wir haben es da mit einer ähnlichen Unterschätzung zu tun, wie wir ihr im größeren Maßstab schon einmal begegnet sind. Wir mußten dort feststellen, daß die angeblich uninteressanten Jahrhunderte nach 1250 in Wahrheit bedeutsamer für die Gesamtgeschichte der Nation und bis auf den heutigen Tag wirksamer waren als die Glanzzeiten des alten Kaisertums. Gerade so und noch mehr hat man in den Jahrzehnten nach 1815 eine der folgenschwersten Epochen zu erblicken. Was damals geschah und sich anbahnte, wirkte bis auf den heutigen Tag fort und wird noch lange fortwirken. Das Deutschland, in dem wir leben und in dem noch unsere Kinder und Enkel leben werden, ist damals begründet worden. Dazu gehört in erster Linie der Ausbau der deutschen Staaten. Über das, was den Kern und Träger des Staatslebens ausmacht, sind sich nicht alle ohne weiteres klar. Eine lange Zeit vorherrschende Meinung sieht ihn im sogenannten Verfassungsleben, der Politik, die in Parlamenten, Volksvertretungen, oder wie die Namen lauten, sich abspielt. Daher denn die Überschätzung, die man so oft den Fragen der geschriebenen Verfassung, des Wahlrechts und dergleichen zuteil werden sieht. Daß dies nicht richtig ist, kann sich jeder sagen, wenn er nur be-



denken will, daß es sehr viele Staaten gegeben hat, die ein Verfassungsleben im modernen Sinn gar nicht kannten und die doch niemand für tot erklären wird. In Wahrheit ist ja das, was man heute politisches oder Verfassungsleben nennt, auch nur eine besondere Art des Kampfes um die Macht im Staate, den es zu allen Zeiten und in allen Ländern gegeben hat und geben wird, nur daß er in sehr verschiedenen Formen auftritt. Das wirkliche Leben des Staates kann davon unabhängig sein, es liegt in der Verwaltung. Darum ist sein wahrer Träger das Beamtentum. Wo dieses unberührt erhalten bleibt, kann ein Staat — die Geschichte bietet manches Beispiel dafür — die tiefsten Umwälzungen seiner Verfassung überdauern, während er zugrunde gehen muß, sobald sein Verwaltungsapparat durch innere Erschütterung oder Schläge von außen zerstört wird.

Dieser wesentliche Träger des Staatslebens, Verwaltung und Beamtentum, ist für das neue Deutschland geschaffen worden seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Er hat sich bis heute gehalten, hat auch die große Umwälzung von 1918 zum guten Teil überdauert.

Man brauchte nach 1815 nicht *ab ovo* zu beginnen, an den meisten Orten war schon in den vorausgehenden Jahrzehnten der Grund gelegt worden. In Baden hatte die lange und ausgezeichnete Regierung Karl Friedrichs schon seit einem halben Jahrhundert das Beste getan, in Württemberg König Friedrich I. seit 1806, in Hessen Ludwig I. kaum weniger vorzüglich vorgearbeitet, in Bayern Montgelas um dieselbe Zeit ähnlich gewirkt. Aber es gab doch noch genug zu tun, um das Haus vollends wohnlich zu machen. Den territorialen Verschiebungen, die die napoleonische Politik und der Wiener Kongreß geschaffen hatten, den Anforderungen einer neuen Zeit mit veränderten Bedürfnissen und Aufgaben mußte der gesamte Verwaltungsorganismus angepaßt werden — keine geringe Arbeit, von der auch der strengste Beurteiler nicht sagen kann, daß sie schlecht gemacht worden sei. Wenn im ganzen Ausland die deutsche Verwaltung bis vor kurzem unbestritten als die beste und vielfach als



schlechthin musterhaft gegolten hat, so kommt von diesem Lob ein gut Teil auf Rechnung der Fürsten und Staatsmänner, die in der Epoche von 1815 ihre Landesstaaten neu einrichteten und ausbauten — eine Tatsache, die wohl dazu nötigen dürfte, das herkömmliche Urteil von der politischen Unfähigkeit der Deutschen zum mindesten etwas einzuschränken.

Am meisten gilt das von Preußen. Auch Preußen zwar hatte schon 1815 eine Zeit der Reformen durchlebt. Antriebe, die aus der Aufklärungszeit stammten und durch das Humanitätsideal gegeben waren, hatten eine mächtige Steigerung erfahren durch den äußeren Zusammenbruch. Es war schon ein in vieler Hinsicht neu geordneter Staat, der auf den Schlachtfeldern von Großbeeren, Leipzig und Waterloo die Feuerprobe bestand. Aber es war doch alles noch so neu, zum Teil so fremd, und dazu kam eine gewaltige territoriale Verschiebung, ein Ruck vom Osten nach dem Westen, den Preußen durch die Zuweisung neuer Provinzen auf dem Wiener Kongreß erhielt, so daß man wohl sagen kann: es bedurfte einer ungeheuren Arbeit, einer wahrhaften Staatsgründung, um diesem neuen Organismus Leben und Dauer zu verleihen. Vor allem das Erste und Wichtigste mußte geschaffen werden: die Einheit des Staates. Aus den alten und neuen Provinzen mußte ein einheitliches Ganzes, aus Posenern, Sachsen, Westfalen und Rheinländern mußten Preußen gemacht werden. Das ist geschehen. Die preußische Beamtenschaft hat diese Aufgabe gelöst und glänzend gelöst. Nach einem Menschenalter schon war die Einheit so fest geworden, daß auch eine Revolution sie nicht mehr zu erschüttern vermochte.

Was einem aber am meisten Achtung vor dieser Leistung preußischer Staatskunst abnötigt, das ist die Vereinigung von Altem und Neuem, die hier glücklich vollzogen wurde.

Das Preußen des 18. Jahrhunderts, das bei Jena unterlag, war ein absolutistischer Militärstaat gewesen. In den Leidenstagen der napoleonischen Fremdherrschaft hatte dieses Staatswesen gezeigt, daß in ihm dennoch eine Seele wohnte, die nicht mit dem Leibe der



Armee unterging. Wie für alle Lebewesen, so ist es auch für den Staat das Wichtigste, daß er die Fähigkeit bewahre, sich in seinem Bau und seinen äußeren Funktionen veränderten Umständen anzupassen. Diese Fähigkeit hatte Preußen bewiesen, indem es sich unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen, unter dem Druck der Zwingherrschaft regenerierte. Die großzügigen Reformen, die unter der Führung des Freiherrn vom Stein seit 1807 ausgearbeitet und durchgeführt wurden, die Bauernbefreiung und die Städteordnung — die man mit vollem Recht eine Bürgerbefreiung nennen könnte — hoben den Staat mit einem Ruck wieder auf die Höhe, auf der er in den besten Zeiten Friedrichs des Großen gestanden hatte: er war, als er 1813 in den Befreiungskampf eintrat, unter allen deutschen Staaten der modernste.

Er blieb es auch nach 1815 auf dem Gebiete der Verwaltung. Sie war die beste, die es in Deutschland gab, auch darin, daß sie dem Stande, dem die Zukunft gehörte, dem Bürgertum, in seiner eigentlichen Sphäre den freiesten Spielraum ließ. Ohne diese Voraussetzung wäre auch der wirtschaftliche Aufschwung der dreißiger und vierziger Jahre nicht möglich gewesen.

Mit diesem neuen Geist aber hatte Preußen sich doch das Beste aus der alten Zeit zu bewahren gewußt; es war ein Militärstaat geblieben und war es nur noch mehr geworden in jenem antiken Sinn, von dem wir sprachen — daß jeder Bürger dem Staate jeden Augenblick alles schuldet, Gut und Blut und auch das Leben. Mit dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht, den Preußen vom revolutionären Frankreich übernahm, hat es im Grund nur eine praktische Konsequenz gezogen aus dem, was seit Friedrich dem Großen und schon früher in seinem eigenen Wesen lag. Und doch war das zugleich das Modernste, was sich denken ließ. Wenn Scharnhorsts Entwürfe durchgeführt wurden, wenn wirklich jeder, soweit und solange seine Kräfte es erlaubten, als ausgebildeter Soldat zum Schutze des Vaterlandes bereitstand, dann waren ja alle Unterschiede des Standes beseitigt, war die Gleichheit aller eine Wirklichkeit und — um ein



später beliebtes Schlagwort zu verwenden — mit dem Volksheer zugleich der wahre Volksstaat begründet.

Mit den Anfängen dieses Volksheeres hatte Preußen seine und Europas Befreiung vollbracht. Es hat nach dem Siege den Helm nicht fester gebunden, die Rüstung nicht gesteigert — das erlaubte die Not der Zeit noch nicht. Aber es hat den Helm nicht abgenommen, wie es die anderen taten, die rasch ermüdet die Waffen niederlegten. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wurde aufrechterhalten, das Heer sorgsam gehütet und seine Schlagfertigkeit nach Kräften gepflegt. Preußen blieb ein Militärstaat, aber nun in anderem Sinne als früher: nicht mehr von Söldnern bewacht, sondern vom eigenen wehrhaften Volk beschützt, dem in der Armee nunmehr eine einzigartige Schule für Geist und Charakter erwuchs.

Die Epoche von 1815 hat mit dem Ausbau der Staatsverwaltung zugleich das Gegenstück dazu entstehen lassen: die politischen Parteien.

Wie das gesamte festländische Europa, so hatte auch Deutschland Parteien außer auf konfessionellem Gebiet bis dahin nicht gekannt. Der alte monarchische Ständestaat konnte sie nicht erzeugen, in ihm gab es nur einen Gegensatz zwischen Regierung und Ständen, oder von Ständen untereinander. Als er in Frankreich durch die Revolution zerstört war und auch durch die Restauration nicht wiederhergestellt wurde, bildeten sich dort auch die politischen Parteien: Gruppen von Individuen und Gesellschaftskreisen, die sich unter der Fahne sogenannter Prinzipien oder Programme zusammenfanden, von gemeinsamen Ansichten, Wünschen und Forderungen dem Staat gegenüber geleitet wurden und durch Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen die Macht in ihm an sich zu reißen suchten. Ihren natürlichen Kampfplatz fanden sie in der Volksvertretung, die die Verfassung des wiederhergestellten Königtums von 1814 nach englischem Muster gewährte.

Was in Frankreich geschah, wirkte nun auch auf Deutschland, und die Wirkung war höchst unglücklich. Eine Revolution hatte es hier



nicht gegeben. Ohne Erschütterung, teils durch kluge Maßnahmen der Regierungen, teils durch den natürlichen Fortschritt der Volkswirtschaft und Volksbildung, vollzog sich hier der Übergang von der alten ständischen Gliederung in Gesellschaft und Staat zum modernen Zustand persönlicher Freiheit und Rechtsgleichheit aller Individuen. Auch die neuen Formen des Staatslebens konnten, wo sie eingeführt wurden, unmittelbar an alte Einrichtungen anknüpfen; wie denn zum Beispiel die neuen Volksvertretungen in Deutschland durchweg bis 1918 den alten Namen der Landtage oder den sachlich ganz unpassenden der Stände weitergeführt haben.

Unter diesen Umständen, da die tatsächlichen Verhältnisse auf deutschem Boden anders lagen als in den westlichen und südlichen Ländern, wäre es zu wünschen gewesen, daß man für die Neuordnung auch eigene Formen gefunden hätte, die den vorhandenen Zuständen entsprachen. Das ist nicht geschehen. Das französische Vorbild erwies sich als zu stark, es wurde nachgeahmt.

Man kann sich das nicht tief genug einprägen: das, was man seit mehr als hundert Jahren in Deutschland innerpolitisches Leben zu nennen pflegt, ist nicht aus den eigenen, heimischen Verhältnissen frei hervorgewachsen, es ist von Anfang an durch ausländische Vorbilder, vor allem französische, dann aber auch mißverständene englische, aufs stärkste beeinflußt und — man kann es nicht anders nennen — irregeleitet und verfälscht worden.

Dazu gehörte in erster Linie das neu entstehende Parteiwesen. Die Gruppen von Interessenten, die sich nun auch auf deutschem Boden zu Parteien zusammenschlossen, um den Staat nach ihren Wünschen Bedürfnissen, Meinungen so oder anders zu konstruieren und zu lenken, stellten sich von Anfang an als Abklatsch der französischen Schablone dar. Schon ihre Namen bezogen sie aus Frankreich: konservativ, reaktionär, liberal, demokratisch, zuletzt sozialistisch — es sind lauter französische Fremdworte\*.

\* Daß ein Teil von ihnen in Frankreich selbst aus Spanien entlehnt war, kommt hier nicht in Betracht.



Man unterschätze das nicht: die fremde Schablone hat Unheil und Verwirrung gestiftet, eben weil sie fremd ist und auf die deutschen Verhältnisse gar nicht paßt. Sie erweckt schon die völlig falsche Vorstellung, als ob das Parteiwesen in Deutschland ebenso einheitlich und gleichartig gestaltet wäre wie in Frankreich. In Wahrheit ist ein Konservativer im deutschen Süden niemals dasselbe gewesen wie im Norden, und die süddeutsche Demokratie hat mit der norddeutschen bis zuletzt nicht viel mehr gemein gehabt als den Namen. Nach der landläufigen Vorstellung, wie sie seit hundert Jahren, dem französischen Muster entsprechend, gilt, sollten Demokratisch und Konservativ Gegensätze sein. Und doch konnte man in mancher kleinen ehemaligen Reichsstadt Schwabens die Beobachtung machen, daß demokratische Parteizugehörigkeit sich ganz wohl mit einer geradezu eigensinnig konservativen Denkart vertragen kann. Vollends der stärkste innere Gegensatz, der zwischen den Konfessionen, fand in der französischen Parteisablone gar keinen Platz.

Überhaupt handelte es sich bei den innerpolitischen Kämpfen, die in Deutschland nach 1815 begannen, um ein ganz anderes Problem als im Nachbarland, das man, ohne des Unterschieds inne zu werden, beständig nachzuahmen suchte. In Frankreich kämpften die verschiedenen Richtungen innerhalb der Schicht der oberen Zehntausend, vor allem das Großbürgertum, das durch die Revolution emporgekommen war, nebst den Resten des Adels und der Kirche, um die Herrschaft im Staat. In Deutschland gab es Großbürger der neuen Art vorerst nur als Ausnahme. Noch war hier das bürgerliche Element mit Einschluß der akademischen Intelligenz, die seine Führung hatte, im allgemeinen nicht über die Stufe des Kleinbürgertums hinausgekommen. Wenn es gleichwohl, sich liberal nennend, gegen die Vormundschaft fürstlicher Beamten- und Polizeiregierungen sich auflehnte, so hatte es wahrhaftig noch kein Recht, sich mit den französischen Liberalen zu vergleichen, mit denen es nichts weiter gemein hatte als das Oppositionsmachen. Bei den Kämpfen der französischen Parteien von damals handelte es sich um verschiedene



Schattierungen derselben Farbe oder um einen Erbstreit zwischen Geschwistern. In Deutschland standen sich die Parteien als feindselige Fremde gegenüber, weil es sich um Fortdauer oder Sturz des monarchischen Beamtenstaats handelte. In Frankreich kämpfte man um die Regierung, in Deutschland gegen die Regierung. Die französische Opposition besaß die Fähigkeit, selbst Regierung zu sein, bei der deutschen war das einstweilen noch höchst zweifelhaft. Trotzdem war auch für sie das französische Vorbild schlechthin maßgebend. Sie wußte politisch nur in französischen Begriffen zu denken und sich das Staatsleben, wie sie es forderte, nur in Formen vorzustellen, die sie in Frankreich sah und bewunderte. Die berühmte Charte Ludwigs XVIII. von 1814 war für die gute Hälfte einer ganzen Generation von Deutschen das staatliche Ideal, das auch sie zu besitzen verlangte. Eine französische »Verfassung« zu haben, schien für den deutschen Staat unerläßlich.

An vielen Stellen sind die Regierungen diesem Begehren von Anfang an mit halben Schritten entgegengekommen. In Weimar, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg wurden seit 1818 »Verfassungen« gegeben, die dem Volk durch gewählte Vertreter einen gewissen Anteil an der Regierung des Staates einräumten. Die Juli-revolution von 1830 in Frankreich gab den Anstoß, derartige Einrichtungen auch in Kurhessen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Sachsen zu schaffen. So hatte nun auch Deutschland ein »Verfassungsleben«, und die vorhandenen politischen Strömungen hatten Gelegenheit, sich auf den Tribünen gewählter Parlamente miteinander zu messen.

Es ist nicht zu verwundern, daß dabei zunächst allgemeine Verwirrung herrschte. Erst mit der Zeit konnten die Begriffe sich klären, die Richtungen sich sondern. Von den Demokraten, die womöglich die Republik mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen wollten, unterschieden sich die Liberalen. Ihr Ideal war die parlamentarisch beschränkte Monarchie, deren Urbild man in England zu sehen glaubte und die neuerdings in Frankreich und Belgien



eingeführt war. Nach dem Ausland blickten sie alle, wenn sie sich politisch belehren oder erbauen wollten. War England für die einen das Musterland schlechthin, so sahen die anderen das »Mekka der Freiheit« in Paris. Wenn volkstümliche Politiker in Deutschland über Freiheit und Volksrechte deklamierten, so konnte man sicher sein, daß sie im wesentlichen wiederholten, was sie in französischen Zeitungen gelesen hatten. Wieder andere begeisterten sich für Polen, das für seine »Freiheit« focht, ohne zu beachten, daß es sich hier um etwas ganz anderes, nämlich um die Selbstbestimmung eines Volkes gegenüber einem anderen handelte, ein Problem, desengleichen es im damaligen Deutschland nicht gab. Aber Freiheit war Freiheit, dieses am meisten mißbrauchte aller deutschen Worte genügte dem badischen oder pfälzischen Spießbürger, der sich über die Polizeiverordnungen seines angestammten Landesvaters ärgerte, um im polnischen Edelmann, der die Herrschaft des russischen Zaren nicht ertrug, einen Leidensgefährten, einen Bruder und Kampfgenossen zu sehen, mit dem man für die gleichen Ziele focht. Es sind die klassischen Zeiten der Ausländerei und Fremdenanbetung, und es war nur der sinnfällige Ausdruck dieser Tugend, wenn auf dem Freiheitsfest zu Hambach in der Pfalz im Jahre 1832 neben den deutschen Farben die polnische Fahne wehte und ein Redner die verbrüdereten Nationen von Deutschland, Frankreich und Polen leben ließ! Gewiß, die Männer, die damals für fremde Staaten und Völker schwärmten, hatten noch keine politische Erfahrung. Sie machten es in der Politik so, wie Heinrich Heine vom Deutschen behauptet, daß er ein Kamel zu malen wisse, ohne es gesehen zu haben: sie griffen in ihren Busen und malten den Idealzustand der Welt aus der Tiefe ihres deutschen Gemütes. Vom Ausland, an dessen Rockschößen sie hingen, hatten die meisten von ihnen nichts gesehen. Sie wiederholten das Lob englischer, französischer, belgischer Gesetze, ohne eine Vorstellung davon, wie es dort mit der Wirklichkeit bestellt war. Daß diese ganz anders aussah, als man sie sich in Deutschland ausmalte, ahnten die wenigsten.



Darin zeigte sich der Fluch, der von Anfang an auf dem deutschen Verfassungsleben lastete: es bewegte sich durchaus in kleinstaatlichen und kleinbürgerlichen Grenzen und wollte doch das Leben größer, fest geeinter Nationalstaaten nachahmen. Daher die betrübende Unfruchtbarkeit des deutschen parlamentarischen Lebens in diesen Jahrzehnten, die doch als politische Vorschule der Nation so nützlich hätten sein können. In den Parlamenten zu München, Stuttgart, Karlsruhe und wo immer konnte auch der Fleißigste nichts für seine Ausbildung zum wirklichen Politiker lernen, weil in allen diesen Staaten keine wirkliche Politik gemacht wurde.

Anders hätte es nur sein können, wenn wenigstens eine der beiden Großmächte, die zu Deutschland gehörten, sich beizeiten entschlossen hätte, die neuen Formen des Regierens anzunehmen. Daß dies Österreich nicht sein konnte, lag auf der Hand. Der Übergang zu parlamentarischen Formen mußte dieses Konglomerat verschiedener Nationalitäten früher oder später auflösen und zerstören. Bei Preußen lag es umgekehrt. Seine Staatseinheit konnte gefördert werden, wenn die Bevölkerung aus Ost und West sich in einer gemeinsamen Vertretung begegnete, sich kennen und zusammen leben und arbeiten lernte.

Daß es dazu nicht kam, ist die persönliche Schuld Friedrich Wilhelms III. Er selbst hatte 1815 öffentlich die Zusage gemacht, daß Preußen eine den ganzen Staat umfassende ständische Vertretung erhalten solle. Er hatte sogar 1820 ein Gesetz erlassen, das die Aufnahme von neuen Staatsschulden von der Zustimmung der Gesamtstände abhängig machte. Aber zur Einberufung dieser Versammlung konnte er sich nicht entschließen. Wie so viele Zeitgenossen lebte er ganz in der Furcht vor Revolution, und diese Furcht teilte sich bald seiner Regierung mit. Dabei geschahen Dinge, an die man ungern erinnert wird. Auf königlichen Befehl wurden Jahre hindurch Demagogen verfolgt, die entweder keine waren oder, wenn sie es waren, kein Volk zum Führen und Verführen gefunden hätten. Nicht genug, daß in den Grenzen des eigenen Landes »die Affen-



bosheit niedriger Handlanger« sich ungehindert austoben durfte, Preußen zwang im Verein mit Österreich auch den anderen deutschen Staaten ein Regiment polizeilicher Knebelung auf, das man nur unwürdig und beschämend nennen kann. Damals ist dem Staate Friedrichs des Großen, des Freidenkers, der Ruf des gewaltsamen Unterdrückers freier Meinung und unabhängiger Gesinnung angeheftet worden und auf seinen Ehrenschild ein Rostfleck gekommen, der sich nicht mehr hat abwaschen lassen und weiterfraß.

In solcher Stimmung, wie sie das erste Jahrzehnt nach 1815 beherrschte, war natürlich an Einberufung preußischer Gesamtstände nicht zu denken, und einmal vertagt, kam der Entschluß überhaupt nicht mehr zustande. Man mußte sich zufrieden geben mit der erneuten Erklärung des Königs: »Ich werde bestimmen, wann die Zusage der landständischen Verfassung in Erfüllung gehen soll... Der Untertanen Pflicht ist es, den Zeitpunkt abzuwarten, den ich geeignet finden werde.«

Eine unwiederbringliche Gelegenheit war damit verscherzt. Wie leicht hätte eine Regierung, die wußte, was sie wollte, und ihrer Kraft bewußt war, wie leicht hätte sie es gehabt, ohne jede Gefahr für den Staat alle vernünftigen Wünsche zu erfüllen, die damals ja noch bescheiden genug waren! Noch hatte sie es in der Hand, das Maß und die Art dessen, was sie gewähren wollte, zu bestimmen, noch bestand die Möglichkeit, für Preußen, frei von fremder Schablone, eine Verfassungsform zu schaffen, die seiner Natur und seinen Bedürfnissen entsprach und für das übrige Deutschland vorbildlich gewirkt haben würde. Vor allem aber, wenn Preußen der Führerstaat in Deutschland sein und bleiben wollte, war der Entschluß notwendig und unaufschiebbar. Alle Einsichtigen empfanden das, und selbst ein Mann wie der alte Blücher, der doch wahrhaftig weder Demagoge noch Demokrat war, schrieb: »Warum muß Bayern und andere Regenten uns zuvorkommen? Man fühlt es ja, daß eine Konstitution gegeben werden muß.« Es geschah nichts, das Wort des Königs wurde nicht eingelöst, und zwischen Preußen



und dem Süden tat sich eine neue Kluft auf, schwerer zu überbrücken als alle Unterschiede in Stammesart und Sitte und fast so breit wie der Zwiespalt der Konfessionen. Immer tiefer setzte sich das Vorurteil fest, daß im Süden Freiheit und Fortschritt zu Hause seien, während Preußen den Despotismus einer überwundenen Zeit nicht aufgeben wolle und die natürliche Entwicklung der Nation unterbinde.

Die Verfolgung der sogenannten Demagogen, die von Wien und Berlin aus seit 1819 betrieben wurde, traf von Anfang an auch die Bewegung für die deutsche Einheit. Auch sie galt den Regierenden für revolutionär und umstürzlerisch. Bei Licht besehen war sie es auch, selbst wenn sie es nicht wollte und nicht wußte. Seit sechs Jahrhunderten arbeitete die Politik der Regierungen unentwegt an der Zerstörung der Einheit, eine Urkunde nach der andern, jede von unzweifelhafter staatsrechtlicher Gültigkeit, bezeichnete die Fortschritte der Auflösung, und ganz zuletzt, 1815, hatte gar ein europäischer Kongreß der nationalen Einheit des Reiches den Totenschein ausgestellt. Wer sie trotzdem erstrebte, der wollte das historisch begründete, vertraglich verbriefte, das geltende Recht beiseitigen. Vom Standpunkt der Regierungen, die ihr eigenes Recht und ihre Souveränität auf eben diese Urkunden gründeten, war das nichts anderes als Umsturz, als Revolution und mußte unterdrückt werden.

Die Unterdrückung ist nicht gelungen, im Gegenteil: sie hat mit dazu beigetragen, das neue Ideal der Volkseinheit, das sehnende Verlangen, zu sein, was man sein konnte, zu stärken und zu verbreiten. Insbesondere bei der Jugend. Daß die deutsche Burschenschaft, die nichts anderes wollte als die Erhebung Deutschlands zu dem Rang, der seiner würdig war, durch Polizei und Gericht verfolgt, aufgelöst, verfemt wurde, hat ihrer Ausbreitung nicht geschadet, wahrscheinlich genützt. Das Martyrium war auch hier die beste Propaganda. Die nach 1815 ins Leben traten, trugen bereits in irgend einer Gestalt das Ideal der deutschen Einheit im Herzen, sie wuchsen auf



im Schatten der Erinnerungen von 1813, und wie es immer geschieht, die Größe dieser Erlebnisse trat nur um so deutlicher hervor und ihre Wirkung wurde um so stärker, je weiter man sich von ihnen entfernte. Dann kam das Jahr 1840, das im Zusammenhang allgemein europäischer Verwicklungen die Gefahr eines französischen Angriffs dicht heranrückte. Wenig fehlte, so wäre damals wie 1792 der Kampf um das linke Rheinufer wieder entbrannt. Der Windstoß der Gefahr ließ das Feuer, das unter der Asche glomm, mächtig emporflammen. Mit einem Schlage wurde es klar, wie Deutschland dachte. Damals war es, daß der Nation ihre wirkliche Lage wieder voll zum Bewußtsein kam. Man fühlte sich von Frankreich bedroht, und dieses Gefühl machte sich Luft in Wort und Lied. Beckers Lied vom freien deutschen Rhein wurde gesungen, »Die Wacht am Rhein« und »Deutschland über alles« fanden den Weg in die Massen und wurden die Nationallieder der Deutschen.

Auf der ganzen Linie drängte die Macht der Wirklichkeit in derselben Richtung. Staatliche Einheit der Nation war kein romantischer Traum versonnener Jünglinge, sie war ein Bedürfnis des praktischen Lebens. Sie mußte kommen, sie schien sozusagen von selbst zu kommen, vollends seit der Deutsche Zollverein die Einheit des Verkehrslebens zu einem guten Teil tatsächlich schon geschaffen hatte. Schon im Jahre 1840 stand ein Franzose, der Deutschland durchreiste, ganz unter diesem Eindruck, daß die Einheit Deutschlands sich wiederherstelle: »Welch ein prächtiges Schauspiel, ein großes Volk, dessen Bruchstücke sich zusammenfinden, das zur Nationalität und damit zum Leben zurückkehrt!«

Und dennoch, von selbst konnte die Einheit nicht kommen. Mochte der Gedanke reifen, der Wunsch wachsen, die Tat mußte von einer Stelle aus gewollt und vollbracht werden. Immer mehr brach sich auch die Erkenntnis Bahn, daß diese Stelle nur Preußen sein könne. Trotz allem, was man in Süd und Nord gegen den preußischen Staat einzuwenden hatte, man sah doch in immer weiteren Kreisen in ihm den kommenden Erlöser aus Ohnmacht und Kleinlichkeit,



weil es einfach keinen anderen gab, der das Werk hätte ausführen können. Auch das lag in der Natur der Dinge, die Wirklichkeit drängte darauf. Wie hätte sonst der Franzose Edgar Quinet, der Deutschland kannte, der das stille und gewaltige Sehnen der Deutschen verstand und die Gefahr für sein eigenes Land kommen sah, schon 1832 den Prophetenruf wagen können, mit dem er seine Landsleute warnen wollte: »Aus Preußen wird ein Mann kommen!« Als im Jahre 1840 König Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron bestieg, glaubten viele, er sei es, dessen man all die Zeit gewartet hatte. Sie sahen sich bald enttäuscht. Selten hat ein Herrscher weniger zu der Aufgabe gepaßt, die seiner harrte. Er sah sie gar nicht, wollte sie nicht sehen. Wo alles auf die Zukunft drängte, war sein Geist erfüllt von Bildern der Vergangenheit. Wohl träumte auch er von »teutscher« Herrlichkeit, aber es war der Glanz längst vergangener Tage, der ihn entzückte. Sein Auge suchte das Licht im Sonnenuntergang großer Erinnerungen, während alles den Sonnenaufgang einer neuen Zeit erwartete. Heilig waren ihm die erbten Rechte der anderen; daß er selbst ein unverlierbares Zukunftsrecht besitze, wußte er nicht. Einem neuen römischen Kaiser deutscher Nation aus dem uralten Hause Österreich war er bereit als Erzkämmerer bei der Krönung das Waschbecken zu halten. Daß er selbst nach dem ungeschriebenen Recht, das in den Dingen selbst ruht und mit den Lebenden geboren wird, einen besseren Anspruch auf die deutsche Kaiserkrone habe, begriff er nicht. Von Friedrichs Geist besaß er nicht einen Funken — wie sollte er das Werk des Großen vollenden? Als man ihn dennoch dazu nötigen wollte, hat er es verdorben. Mit seinem ganzen Wesen ist dieser König von Preußen das Unheil Deutschlands geworden, ein beredtes Zeugnis dafür, wie viel ein einzelner Mensch in der Geschichte bedeutet, nicht durch das, was er ist, sondern durch das, was er nicht ist. Man gestatte mir hier eine Abschweifung, die ich nicht unterdrücken kann, weil es gilt, ein Urteil umzustößen, das, so allgemein es wiederholt zu werden pflegt, doch nichts anderes ist als eine boshafte



Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit. Kaum ein Satz ist verbreiteter als der vom räuberischen Preußen, das in dem blinden Vergrößerungsdrang seines rohen Machttriebes auch die deutsche Einheit nur aus Selbstsucht gewollt und nur mit Gewalt habe schaffen können. Das ist das genaue Gegenteil der Wahrheit. Wenn man den preußischen Herrschern und Staatsmännern im allgemeinen einen Vorwurf machen kann, so ist es der, daß sie nicht entschlossener, rücksichtsloser und folgerichtiger das gewollt haben, was für Preußen ebenso wie für Deutschland zwingendes Bedürfnis, gebieterische Notwendigkeit war. Wäre in Wirklichkeit jener Eroberungsdrang die Seele des preußischen Staates gewesen, den ihm seine Feinde im Widerspruch mit der Wahrheit andichten, die preußische und die deutsche Geschichte seit Friedrich dem Großen müßte anders aussehen, die Versäumnisse von 1788 bis 1806 wären nicht vorgekommen, und noch weniger das, wovon wir jetzt zu reden haben.

Schon als Friedrich Wilhelm IV. die Regierung antrat, wußte man, daß auch für Preußen die Stunde geschlagen hatte, wo es eine Regierungsform mit den Forderungen der Zeit werde in Einklang bringen müssen. Friedrich Wilhelm selbst schien es zu ahnen, und doch zögerte er lange Jahre mit dem Entschluß. Als er endlich im Jahre 1847 den großen Schritt wagte, geschah es mit einer halben Maßregel. Die Berufung des Vereinigten Landtags, der sich aus den Landtagen der einzelnen Provinzen zusammensetzte, befriedigte niemand. Vom Standpunkt der Anhänger des Alten war sie zu viel, ein bedenkliches Zugeständnis, den anderen war sie zu wenig, nicht einmal eine Abschlagszahlung auf die Forderungen, die sie für berechtigt hielten. Die Versammlung blieb unfruchtbar. Was sie vor allem gefordert hatte, daß ihr der Charakter einer verfassungsmäßigen Volksvertretung eingeräumt würde mit den Rechten der regelmäßigen Wiederkehr und Steuerbewilligung, das verweigerte ihr der König, nicht weil er es für an sich unzulässig gehalten hätte, sondern weil es gefordert wurde. Es sollte ein freies Geschenk lan-



desväterlicher Gnade sein. Darum verfügte er die regelmäßige Wiederkehr erst, nachdem der Landtag auseinandergegangen war, am 6. März 1848. Es war eine patriarchalisch-absolutistische Grille, aber sie hat die schwersten Folgen gehabt.

Als das geschah, war in den meisten deutschen Staaten die unblutige Revolution bereits im Gange. Unter dem Eindruck des Sturzes der Monarchie in Frankreich (24. Februar 1848) hatten die Oppositionen überall Mut gefaßt und die Regierungen den Mut verloren. Sie fielen um wie Kartenhäuser; liberale Ministerien, gebildet aus den Führern der bisherigen Kammeropposition, ergriffen die Zügel. In Deutschland hielt die »Freiheit« ihren Einzug.

Mit ihr zugleich sollte die Einheit kommen. Die ganze Bewegung von 1848 ist vom ersten Tage an auf dieses Ziel gerichtet. Man will den Staat in den Formen, die man in Frankreich und England sieht, aber man will auch den nationalen Staat, den die vorbildlichen Länder längst besitzen. Eben durch das, was man »Befreiung« nannte, glaubte man die Einheit am sichersten zu gewinnen. Die alten Regierungen hatten nichts schaffen können, auch nicht schaffen wollen, was die Nation verlangte, die Nation selbst mußte das Werk in die Hand nehmen, dann gelang es sicher. Durch Freiheit zur Einheit, durch Revolution zum Reich!

Dem Sturm, der sich erhob, wich der Bundestag in Frankfurt sofort. Er faßte die Reform ins Auge, nahm Wappen und Farben der nationalen Bewegung, den alten Reichsadler und das Schwarzrotgold der Burschenschaft, an (2. März). In Wien konnte Metternich sich nicht länger halten, am 13. März trat er zurück.

Die große Gelegenheit für Preußen war da; seine Ernte war reif, es brauchte sie nur zu schneiden. Nichts weiter brauchte der König zu tun, als selbst fest zu bleiben, seinen Staat vor Erschütterungen zu bewahren, ruhig und ungescheut auf das Ziel loszugehen, und er war der Führer der Nation. Österreich war einstweilen aus dem Spiel ausgeschieden, bald von Aufständen durchwühlt, die Provinzen und Nationen in Auflehnung gegen die Krone, der Staat in Gefahr,



in seine Bestandteile zu zerfallen. In den anderen deutschen Hauptstädten lebte man in steter Angst, daß die entfesselte Bewegung weitergehen und auch die Throne hinwegspülen könne. Gegen diese Gefahr bot Preußen den besten, den einzigen Schutz, und um dessentwillen war man zu jeder Unterordnung bereit. Nur durfte Preußen selbst von der Revolution nicht ergriffen werden! Wie es das machte, ob durch Unterdrücken oder durch Entgegenkommen, war Nebensache.

Eines war dabei unerläßlich: man mußte es wollen. Friedrich Wilhelm IV. aber wollte nicht. Ihm flößte es Abscheu ein, daß er sich Rechte nehmen sollte, die ihm nicht zustanden, daß er womöglich Gewalt würde brauchen müssen gegen seine Mitfürsten. Das Gräßlichste, was es in seinen Augen gab, war Revolution, und durch eine Revolution an die Spitze Deutschlands gehoben zu werden, erschien ihm als Entwürdigung. Wie alle halben und schwachen Naturen wußte er genau, was er nicht wollte, aber gar nicht, was er wollte, und wie es diesen Naturen so leicht geht, so geschah es auch ihm: er wurde genötigt, zu tun, was er nicht gewollt hatte.

Ich brauche nicht zu erzählen, wie er das nächste Ziel verfehlte: Preußen die Revolution zu ersparen. Es wäre ein Leichtes gewesen. Bei nur etwas festem Willen und Ruhe an den regierenden Stellen hätte es in Preußen kein Achtundvierzig gegeben. Die Schwäche des Königs, die Kopflosigkeit seiner Umgebung brachten es doch so weit, daß der Aufstand am 18. März in Berlin hell aufflammte und am folgenden Tage die Revolution die Stadt und den König beherrschte. Eine unglückliche Viertelstunde im Kabinett des Königs hatte den Ausschlag gegeben, die Truppen zogen ab, die Krone selbst hatte die Waffen niedergelegt.

Nun glitt auch Preußen tiefer und tiefer auf der abschüssigen Bahn hinab. Es klang wie Hohn auf die Tatsachen, daß der König, der sich soeben vor dem Pöbel der Hauptstadt tief gedemütigt hatte, am 21. März in einer pomphaften Kundgebung erklärte, er übernehme für die Stunde der Gefahr die Führung der Nation, und Preußen



gehe hinfort in Deutschland auf. Was konnte der Nation ein Führer nützen, der seinen Weg nicht sah und sich auf Wege drängen ließ, die er nicht gehen wollte? Zudem, nicht auf den König kam es an, sondern auf Preußen und die preußische Macht. Ein Staat, der in Gefahr war, sich selbst zu verlieren, der sogar erklärte, sich selbst aufgeben zu wollen — denn etwas anderes bedeutete das Aufgehen in Deutschland doch nicht — ein solcher Staat konnte auch Deutschland nicht helfen, das nichts so nötig hatte wie einen festen Willen und einen starken Arm.

Ein halbes Jahr hat Preußen den Zustand der Revolution ertragen. Sie war ein Widersinn, wo nur die Hauptstadt und ein kleiner Teil der Provinz sie mitmachten, während die ungeheure Mehrheit des Volkes nichts von ihr wissen wollte und die Pfeiler des Staates, Beamenschaft und Heer, unerschüttert dastanden. Als die Besinnung wiederkehrte, ward die natürliche Ordnung mühelos wiederhergestellt. Im November schon war mit dem ungehinderten Einmarsch der Truppen in Berlin der Sieg der Krone entschieden, im Dezember beendete sie die Revolution feierlich durch den Erlaß einer Verfassung. Preußen hatte sich wiedergefunden. Äußerlich war es nicht mehr das alte Preußen. Das so lange zurückgewiesene konstitutionelle Gewand hatte es nun doch angelegt. Aber sein Körper war unversehrt und sein Organismus fest und stark wie vordem: ein straffer, kraftbewußter Militär- und Beamtenstaat. Er hatte durch die Revolution nichts verloren außer einem, das unersetzlich war: eine Gelegenheit ohnegleichen.

In den Monaten, die zwischen März und Dezember lagen, war auch in den übrigen deutschen Staaten die Ruhe wiedergekehrt und die Furcht gewichen. Die Neigung, sich Preußen unterzuordnen, war nicht mehr so groß. Vor allem aber hatte Österreich sich wieder aufgerichtet. Nach schweren Kämpfen, in denen die Monarchie sich zeitweilig aufzulösen schien, war auch hier die Krone in der Hauptsache siegreich gewesen. Böhmen, Lombardei, Deutschösterreich waren nacheinander mit den Waffen wieder unterworfen, ein neuer



Herrscher, Franz Joseph, und ein entschlossener, klarblickender Staatsmann, Fürst Schwarzenberg, waren an die Spitze getreten, und mit ihnen waren auch das alte Selbstvertrauen und die alten Ansprüche zurückgekehrt. Vor Preußen zurückzuweichen, hatte man dort keinen zwingenden Grund mehr. Die Zeit, wo der Dualismus von selbst erlöschen und die deutsche Einheit ohne Kampf gegründet werden konnte, war versäumt.

In dieser Lage nun trat das, was man die rechtmäßige Vertretung des deutschen Volkes nennen durfte, mit dem Anspruch auf, das deutsche Reich aufzurichten und ihm eine Verfassung zu geben, unbekümmert um die einzelnen Staaten und ihre Regierungen. Seit dem 18. Mai 1848 tagte in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. die deutsche Nationalversammlung, hervorgegangen aus allgemeiner Volkswahl, die der Bundestag selbst angeordnet hatte. Sie hatte die Aufgabe, eine Verfassung für das zu schaffende einige deutsche Reich auszuarbeiten, aber sie überschritt ihren Auftrag sofort, nahm seine Erfüllung gleichsam vorweg und bildete eine Reichsregierung mit Reichsministern und einem Reichsverweser an der Spitze. Es waren unstreitig die besten Köpfe der Nation, die in Frankfurt beisammensaßen, das Vornehmste an Geist, Bildung, Charakter und Gesinnung, was Deutschland besaß. Aber was sie taten, forderte bestenfalls das Mitleid heraus. Dieses Parlament, das gegenüber den bestehenden deutschen Staaten den souveränen Willen der Nation zur Geltung zu bringen unternahm, besaß auch nicht den Schatten eigener Macht. Diese Reichsregierung konnte nicht einmal einen Schutzmann aufbieten, sie mitsamt dem Parlament lebten in Frankfurt selbst, wie sich bei dem demokratischen Aufstand im September 1848 zeigte, von dem Schutz, den ihr die Truppen Preußens und Österreichs in der benachbarten Bundesfestung Mainz gewährten. Mit volltönendem Pathos hatte sie am 22. Juli die Erklärung in die Welt gehen lassen, »daß ihre auswärtige Politik die Ehre und das Recht Deutschlands über jede andere Rücksicht setzen werde«. Als es sich darum handelte, Ehre und Recht Deutschlands in Holstein



gegen dänische Eroberung zu schützen, da war die Nationalversammlung angewiesen auf die Hilfe des preußischen Heeres, und als Preußen sich durch englischen und russischen Einspruch genötigt sah, den begonnenen Krieg gegen Dänemark aufzugeben, mußte auch die Nationalversammlung sich damit abfinden und Ehre und Recht Deutschlands preisgeben.

Trotzdem erhob dieselbe Versammlung den Anspruch, den deutschen Regierungen, auch Preußen und Österreich, eine Verfassung aufzuerlegen, bei deren Aufstellung sie nicht gefragt waren.

Es ist in neuester Zeit mitunter versucht worden, die Männer der Paulskirche gegen den Vorwurf doktrinärer Weltfremdheit in Schutz zu nehmen. Mit ihrer parlamentarischen Arbeit wie mit ihrem Verfassungswerk hätten sie sich vielmehr als echte Realpolitiker gezeigt, die mit den Schranken des Möglichen sehr wohl zu rechnen verstanden. Richtig ist daran nur, daß die Arbeit der Paulskirche in allem Wesentlichen aus Kompromissen zusammengesetzt war, die den miteinander ringenden Strömungen mühsam abgewonnen waren.

Denn kaum daß man zusammengekommen war, um die Einheit der Nation herzustellen, so traten auch schon alle alten und neuen Spaltungen mit voller Kraft zutage. Nord und Süd, Monarchisch und Republikanisch, Preußisch und Österreichisch, Protestantisch und Katholisch standen einander mit unverhüllter Schärfe gegenüber. Mit unendlicher Mühe nur war es möglich, aus all diesen Gegensätzen ein Werk herzustellen, das wenigstens auf dem Papier wie ein Ganzes aussah. In Wahrheit bestand es aus lauter zusammengeleimten Widersprüchen. An der preußischen Führung wollte man festhalten, die Deutschösterreicher aber nicht ausschließen. In den Grundzügen sollte das Reich eine liberale Monarchie sein, aber um die preußische Kaiserkrone gegen Katholiken und Österreicher durchzusetzen, konnte man die Stimmen der Republikaner nicht entbehren und mußte sie mit so starken Zugeständnissen an die Demokratie bezahlen, daß die Monarchie schließlich zur bloßen Verzierung herabsank.



Danach kann man die Verfassung beurteilen, die am 28. März 1849 fertig wurde. Sie machte den preußischen König zum erwählten deutschen Erbkaiser, aber sie verlangte von ihm, daß er sich und sein Land dem Willen eines nach rein demokratischem Wahlrecht gewählten Reichstags unterwerfe, seinen eigenen Staat verlasse und in Frankfurt seinen Sitz nehme, kurz als König von Preußen abdanke. Sie mutete Österreich noch mehr zu, denn nur seine deutschen Provinzen wurden in das deutsche Reich aufgenommen, die übrigen Länder blieben draußen. Der Kaiser von Österreich mußte sich also darein ergeben, nur in Ungarn und Italien souveräner Herrscher zu sein, im eigentlichen Österreich aber dem König von Preußen und dem gewählten deutschen Reichstag zu unterstehen. Ist diese Verkoppelung von Widersprüchen das Werk von Realpolitikern? Die Politik von Bezirksvereinen und Parteisekretären mag darin ihren Triumph sehen, zwischen unvereinbaren Gegensätzen ein augenblickliches Kompromiß künstlich herzustellen, wahre Realpolitik vergißt nie, daß Gegensätze, die einander ausschließen, nicht nach Versöhnung, sondern nach entscheidender Auseinandersetzung verlangen, daß ihre Verkleisterung zum Versumpfen führt und ein Fortschritt zum Leben nur durch den Sieg der einen Richtung über die andere erzielt werden kann.

Um den vollgültigen Beweis ihrer Kindlichkeit zu geben, trat die Paulskirche mit ihrer oktroyierten Verfassung an Preußen und Österreich heran zu einer Zeit, als beide Großmächte die Revolution schon hinter sich hatten. Zudem hatte Österreich seinen Widerspruch vorher in aller Form angemeldet. Welchen Sinn hatte da das Angebot der Kaiserkrone, das die Versammlung dem preußischen König am 28. März 1849 machte? Sie mutete ihm zu, den Krieg gegen Österreich aufzunehmen um eines Titels willen, der keine Herrschermacht enthielt und den Verzicht auf die reale Macht der preußischen Königskrone zur Voraussetzung hatte. Friedrich Wilhelm lehnte ab. Ob ein anderer an seiner Stelle anders gehandelt hätte? Schwerlich. Von ihm war jedenfalls nichts anderes zu er-



warten. Das konnte und mußte man wissen. Und so endete das Verfassungswerk der Paulskirche als ein tragikomisches Schauspiel. Man hatte ein Reich auf dem Papier zu bauen versucht. Luftschlösser errichtet und eine Verfassung in der vierten Dimension konstruiert. Man hatte kein Recht, zu jammern, als die Seifenblase platzte.

Auch der Versuch Preußens, den Kern dieser Verfassung, nachdem man ihr die demokratischen Giftzähne ausgebrochen, durch freiwilligen Anschluß der deutschen Staaten an Preußen, ohne Kaisertitel, dafür unter Bündnis mit Österreich, zu verwirklichen, auch dieser preußische Unionsversuch scheiterte. Er kam zu spät. Die deutschen Mittelstaaten wollten nicht mehr, seit die Revolution vorüber war, und Österreich leistete entschlossenen Widerstand. Das Eingreifen Rußlands, das sich hinter Österreich zu stellen drohte, gab die Entscheidung. Halbheit und Ungeschick auf preußischer Seite brachten es so weit, daß der Rückzug auch in der Form eine demütigende Unterwerfung unter eine drohende österreichische Forderung war. Der Tag von Olmütz am 29. November 1850 machte dem Traume von deutscher Einheit unter preußischer Führung vorläufig ein Ende. Schon war der Bundestag wieder zusammengetreten, und Österreich hatte aufs neue den Vorsitz in ihm übernommen. Es wurde alles, wie es vor 1848 gewesen. Das Hornberger Schießen war zu Ende.

Durfte man noch hoffen, daß es jemals anders und besser werden würde? Dem äußeren Anschein nach war der Beweis erbracht, daß Deutschland zur Einigung nicht gelangen könne. So notwendig sie war, so dringend nach ihr verlangt wurde, sie schien unmöglich, unausführbar. Die Fürsten wollten sie nicht, und die Nation konnte sie nicht schaffen. In dumpfer Mutlosigkeit haben damals die Besten keine andere Hoffnung mehr gekannt, als daß ein Gottgesandter erscheine, das Wunder der deutschen Einheit zu vollbringen. Von mehr als einer Stelle, aus Nord und Süd ist in jenen Jahren der Ruf nach dem großen Mann erklingen, dem Mann, der alle Gebrechen



## ZWÖLFTES KAPITEL

mit der Wunderkraft des Genius heilen und Deutschlands Fürsten und Volk mit eherner Faust zur Einheit zwingen sollte. Sehnsüchtig rief diesem erhofften Retter der Schwabe Johann Georg Fischer zu:

Komm, Einz'ger, wenn du schon geboren,  
Tritt auf, wir folgen deiner Spur!  
Du letzter aller Diktatoren,  
Komm mit der letzten Diktatur!

Er ist gekommen, ist hervorgetreten und hat das Werk vollbracht, wie die Dichter von ihm heischten, der starke und kluge Mann, der der Welt seinen Willen aufzuzwingen wußte. Hier einmal hat das Schicksal es gut gemeint mit dem deutschen Volke, dem es seine Ungunst so oft zu fühlen gegeben, so viele werdende Keime zertreten, so viele Blüten geknickt, ehe sie Frucht ansetzen konnten, so oft den Führer versagt hat. Hier ist er erschienen, der rechte Mann zur rechten Zeit. Was der Genius Friedrichs eingeleitet, die Nachfolger fallen gelassen, die Nation in drei Geschlechtern immer heißer ersehnt und doch nicht zu schaffen verstanden hatte, das hat der Genius Bismarcks vollendet in acht kurzen Jahren. Das Problem, das eben noch als die Quadratur des Zirkels erschien, war gelöst, so einfach, so sicher und so schön, daß es aussah wie das Ei des Kolumbus.

Er war dennoch kein Tausendkünstler und kein Hexenmeister; aber er besaß den Zauberspiegel, der ihn die Dinge sehen ließ, wie sie waren. Er wußte, daß die deutsche Einheit nur geschaffen werden konnte durch entschlossene Beendigung des Zweikampfes, der 1740 begonnen hatte. Drei Generationen hatten es vergessen oder es nicht glauben wollen, Bismarck verhalf der Wahrheit zum Siege. Er wußte, daß nur das alte Preußen diese Aufgabe lösen könne, das Preußen Friedrichs des Großen. Die Mitlebenden träumten davon, daß es der Waffen nicht mehr bedürfe, da allein das Bekenntnis zur liberalen Idee ganz Deutschland zur Vereinigung unter der preußischen Fahne führen würde, Bismarck verscheuchte den Nebel wohl-



gemeinter Selbsttäuschung mit Wort und Tat: nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut! Er wußte endlich, was man in der Paulskirche so völlig vergessen hatte, daß die deutsche Verfassung eine europäische Angelegenheit war, und daß nur eine außergewöhnliche Gunst der Umstände es den Deutschen erlauben könne, ihr Schicksal ohne fremde Einmischung in die eigene Hand zu nehmen. 1848 war die Stunde günstig gewesen und unbenutzt vergangen. Bismarck erkannte ihre Wiederkehr, er sah die europäischen Mächte untereinander verfeindet, außerstande, sich zu verbinden, und er griff zu.

Er war der rechte Mann zur rechten Zeit, mit allen Eigenschaften ausgestattet, die die Aufgabe erheischte: Parlamentarier von Erfahrung und Diplomat von Fach, konservativ und vorurteilslos, Deutscher und Preuße zugleich, stark und fein, mutig und klug — man mußte ihn nur gewähren lassen.

Man hat ihn zu hindern gesucht mit allen Mitteln, man hat ihn bekämpft und gehaßt, verabscheut und verflucht, und nur eine Gnade des Schicksals hat verhindert, daß er in der entscheidenden Stunde der Kugel des Mörders zum Opfer fiel. Die Nation hat ihren Erlöser nicht erkannt; wäre es auf sie angekommen, man hätte ihn ans Kreuz geschlagen und verbrannt. Er mußte sie bezwingen, wie er einst seinen Reitknecht vom Ertrinken gerettet hatte, indem er ihm die Kehle zudrückte.

Wer wünschte sich nicht, bei der Geschichte der Reichsgründung verweilen zu dürfen, diesem unübertroffenen Meisterstück überlegener Staatskunst, dem wir verdanken, was wir im Staatsleben sind! Aber dazu ist hier nicht der Ort, soll das Bild nicht den Rahmen sprengen. Schwerlich jemals hat ein Staatsmann, ausgenommen vielleicht Richelieu, der Schöpfer des unumschränkten Königtums in Frankreich, mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wie Bismarck in den Anfängen seines Wirkens. Er stand allein. Von denen, die dazu berufen gewesen wären, half ihm keiner, die meisten widerstrebten. Sogar die Werkzeuge, mit denen er zu arbeiten



hatte, gehorchten ihm meist nur widerwillig. Nicht einmal aussprechen durfte er, was er vorhatte, das Ziel nicht weisen. Hätte er es getan, der alte König, sein Herr und einziger Rückhalt, wäre vor so viel Kühnheit erschrocken und hätte ihn fallen lassen. Die Nation aber verstand ihn nicht, wenn er ihr in Andeutungen von seinen Plänen sprach. Die preußischen Abgeordneten, Liberale und Demokraten, verweigerten die Mittel zur Verstärkung des Heeres, ohne die seine Politik nicht durchzuführen war. Sie zwangen ihn, vier Jahre lang ohne verfassungsmäßige Deckung zu regieren, und bewiesen damit, daß in Preußen das Bürgertum vorerst nicht regierungsfähig war. Erst als das Spiel gewonnen war und am Abend des 3. Juli 1866 bei Königgrätz die Karten auf dem Tische lagen, begriff man, was seit vier Jahren geschehen und daß die große Aufgabe gelöst war, die die Geschichte dem preußischen Staat und der deutschen Nation gestellt hatte. Österreich schied aus Deutschland aus, und mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, ergänzt durch die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten, ergriff das vergrößerte Preußen die Führung der Nation. Nur noch eine Frage der Zeit war es, daß daraus ein Deutsches Reich werde, ganz Deutschland umfassend.

Es hätte sich auf friedlichem Wege bilden können ohne den Widerstand Frankreichs. Frankreich aber sah im Entstehen einer deutschen Großmacht einen Raub an dem Erbteil seiner eigenen Geschichte, an seiner europäischen Führerschaft, die es mit keiner andern Macht zu teilen gesonnen war. Auch Frankreich gegenüber sollte die Rechnung der Vergangenheit beglichen werden. Ein kurzer Krieg, eine Kette militärischer Glanzleistungen, in denen die deutsche Überlegenheit handgreiflich hervortrat, löschte die Schuld der Jahrhunderte, und aus dem Siege ging gleichsam von selbst durch freiwilligen Zusammenschluß aller deutschen Staaten ein Deutsches Reich und am 18. Januar 1871 ein neues Kaisertum hervor. Mit wie viel Geduld und feiner Kunst auch dies letzte noch hatte errungen werden müssen, wußten die Eingeweihten.